

# FreiBrief aus Berlin

## 3/2016



### Sehr geehrte Damen und Herren,

nur noch eine Woche bis zur Schicksalswahl in Baden-Württemberg. In den letzten Monaten, Wochen und Tagen haben wir deutlich gemacht, wie unser Konzept für unsere Heimat aussieht und was uns von Grün-Rot unterscheidet. Unser Land ist mit der CDU immer gut gefahren. Trotz schwieriger Ausgangslage hat die Union alle Chancen, stärkste Partei zu werden. Wir kämpfen im Schlusspurt um jede Stimme und jeden Wahlkreis. Und wir kämpfen um eine bessere Landespolitik, die wieder Themen wie Infrastruktur, Bildung und Sicherheit in den Mittelpunkt ihres Tuns rückt.

Es geht jetzt darum, zu mobilisieren. Wir müssen unsere Unterstützer an die Wahlurne bringen. Dazu müssen wir nochmals alle Kräfte und Reserven mobilisieren, jeden Tag aktiv sein und die Anstrengungen verdoppeln. Es geht um unsere Heimat. Es geht um Baden-Württemberg!

**Wir setzen am 13. März auf Sieg. Deshalb lautet meine Bitte an Sie: Gehen Sie am Sonntag in einer Woche wählen und unterstützen Sie die Christlich Demokratische Union Baden-Württemberg.**

**Vielen Dank.**

Herzlichst

### INHALT

<i>Bericht aus Berlin</i>	2
<i>Aktuelles aus dem Wahlkampf</i>	3
<i>Erhalt des Dienstleistungsangebots der Forstämter ist gut für die 230.000 baden-württembergischen Waldbesitzer</i>	5
<i>Fluglärm-Gutachten: CDU-Abgeordnete gegen neue Schweizer Flugverfahren</i>	5
<i>Nächste Bürgersprechstunde am 9. März in Villingen-Schwenningen</i>	6
<i>Am 13. März gilt's: Gehen Sie wählen!</i>	6

[www.thorsten-frei.de](http://www.thorsten-frei.de)



## Bericht aus Berlin

### Flüchtlingszahlen unverändert viel zu hoch



Die Flüchtlingskrise bestimmt unverändert die Tagesordnung im Deutschen Bundestag. Über die Dringlichkeit zum politischen Handeln können auch nicht die rückläufigen Zahlen im Januar hinwegtäuschen. Auch wenn die Anzahl der registrierten Flüchtlinge im Vergleich zu den Spitzen im vergangenen Herbst klein erscheinen mag, kann man es drehen und wenden wie man will, der Handlungsdruck ist unverändert enorm. Allein die Zahl der in Deutschland vom Bundesamt für Migration registrierten Asylbewerber ist im Januar im Vergleich zum Vorjahresmonat um 133 Prozent gestiegen. Noch düsterer sieht es in Griechenland aus, wo nach Angaben der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX sogar 600 Prozent mehr Migranten angekommen sind als im Januar 2015. Und in der Prognose, dass die Zahlen mit besserem Wetter in der Ägäis drastisch steigen werden, sind sich alle Akteure einig. Deshalb ist es bei aller Unterstützung und allem Festhalten an einer europäischen Lösung, die auch ich mit Blick auf einen dauerhaft tragbaren Zustand für notwendig erachte, unausweichlich, auf nationaler Ebene die Rahmenbedingungen so anzupassen, dass wir den großen Zuzug von Asylbewerbern möglichst effizient kontrollieren und steuern, schnelle Entscheidungen über ihren Asylantrag treffen und Missbrauch unserer Hilfe strikt unterbinden.

### Asylpaket II sorgt für bessere Steuerung und Begrenzung in Deutschland

Asylpaket II sorgt für bessere Steuerung und Begrenzung in Deutschland. Deshalb bin ich froh, dass wir in der letzten Sitzungswoche und nach langen Verzögerungen durch die SPD im Bundestag das Asylpaket II verabschiedet haben. Es sieht unter anderem vor, dass für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten oder solche, die ihrer Auskunftspflicht im Verfahren nicht nachkommen oder augenscheinlich falsche Angaben machen, ein beschleunigtes Asylverfahren in sogenannten Registrierzentren stattfindet. Leistungen werden in diesem Verfahren an den Aufenthalt in den Zentren geknüpft. Das Verlassen der Zentren mündet automatisch in einem ablehnenden Bescheid. Außerdem sollen Flüchtlinge mit einem sogenannten subsidiären Schutzstatus für zwei Jahre vom Familiennachzug ausgeschlossen werden. Leider wurde unser Ziel, die Liste der sicheren Herkunftsländer um Marokko, Tunesien und Algerien, aber auch Pakistan und zahlreiche zentralafrikanische Staaten zu erweitern aufgrund des ideologischen Widerstands der Grünen im Bundesrat bereits im Vorfeld gestoppt. Einigkeit bestand nach den abstoßenden Vorfällen von der Kölner Silvesternacht beim ebenfalls verabschiedeten Gesetz zur erleichterten Ausweisung straffälliger Ausländer. Dieses sieht vor, dass diese Täter künftig ausgewiesen werden, wenn sie zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wurden – unabhängig davon, ob die Strafe zur Bewährung ausgesetzt wurde oder nicht. Das gilt für Straftaten gegen das Leben, gegen die körperliche Unversehrtheit, gegen die sexuelle Selbstbestimmung und bei Angriffen auf Polizisten. Auch Eigentumsdelikte wie Diebstahl können zur Ausweisung führen, wenn sie unter Anwendung von Gewalt oder von Serientätern verübt werden.

### Weitere nationale Verschärfungen werden kommen müssen

Klar ist aber auch, dass wir kontinuierlich weiter an dem Ziel arbeiten müssen, die Flüchtlingszahlen drastisch zu reduzieren. Dazu

werden weitere innen- und rechtspolitische Reformen notwendig sein. In einem nächsten Schritt wollen wir Sozialleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz generell an eine Residenzpflicht knüpfen, um die Bildung ethnischer Cluster zu verhindern und die Lasten auf alle Kommunen gleichmäßig zu verteilen.

#### Dialog entlang der Balkanroute: Im Gespräch mit dem neuen serbischen Botschafter in Berlin und mazedonischen Abgeordneten



In den vergangenen Sitzungswochen hatte ich gerade auch mit Blick auf die Lage an der Balkanroute die Gelegenheit für zwei interessante Gespräche mit Vertretern unserer dort direkt betroffenen Partner. Zum einen traf ich mich mit dem neuen serbischen Botschafter in Berlin, S.E. Dušan Grnogorčević. Bei dem Gespräch ging es neben den Flüchtlingen vor allem um die Aufnahme Belgrads in die EU sowie die unverändert schwierigen Nachbarschaftsbeziehungen zum Kosovo als ehemalige Teilrepublik Serbiens.



Einen noch deutlicheren Eindruck von den Problemen erhielt ich im Gespräch mit mazedonischen Abgeordneten, an dem ich auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung

teilnahm. Die aktuellen Bilder von der griechisch-mazedonischen Grenze kennen alle aus Fernsehen und Internet. Aus meiner Sicht ist die Strategie, in der Krise auf Mazedonien als Nicht-EU-Mitglied zu setzen, allein schon wegen der schwierigen innenpolitischen Lage im einstigen Musterschülerland zum Scheitern verurteilt. Schließlich ist Mazedonien, das etwa halb so groß ist wie Berlin, für ein Problem dieser Größe viel zu klein. Da täuschen auch die guten wirtschaftlichen Reformen und Rahmenbedingungen, die im Westbalkan ihres gleichen suchen, sowie die Wachstumszahlen und die Investitionsbedingungen, die man sich auch mit Blick auf Gesamteuropa vielerorts wünschen würde, nicht über die eigentlichen Tatsachen hinweg.

#### Bundestagsdebatten geprägt von Flüchtlingsherausforderungen



Im Februar hatte ich zwei Mal Gelegenheit, für die CDU/CSU-Fraktion an das Rednerpult im Deutschen Bundestag zu treten. Auch dabei drehte sich wie vieles in Politik und Gesellschaft derzeit um die Flüchtlingssituation in Europa. Anlässlich der Februarsitzung des Europäischen Rates am 17./18. Februar in Brüssel konnte ich die Generalaussprache zur Regierungserklärung unserer Bundeskanzlerin mit meinem Wortbeitrag schließen. Mir war es dabei besonders wichtig, noch einmal auf das bedrohliche Krisengebräu in Europa hinzuweisen, dass an der Attraktivität und Strahlkraft unserer freiheitlich orientierten Wertegemeinschaft, an der Wettbewerbsfähigkeit und auch der Glaubwürdigkeit als handlungsfähiger

politischer Akteur in der Welt insgesamt zerrt. Ich brachte zum Ausdruck, dass ich sehr verwundert bin, wie schwer sich die 28 Mitglieder auf dem Weg für eine gemeinsame Linie in der Flüchtlingskrise täten, da sie im Grunde einig sind, dass die Außengrenzen besser als bisher gesichert werden müssen und die Flüchtlingszahlen in den Schengen-Raum deutlich zurückgehen müssen. In diesem Sinne appellierte ich noch einmal an die Staats- und Regierungschefs, dass Solidarität in Europa nicht nur Solidarität nach Staatsschuldenkrisen oder bei der Abwehr von Terrorgefahren bedeute, sondern auch das Beieinanderstehen bei der Bewältigung der Krisen um Europa herum und deren unmittelbare Auswirkungen auf die Binnenzone beinhalte. Es geht bei Europa nicht nur um die bloße Verteilung von Strukturfondsmittel und Exportmöglichkeiten, sondern um Werte, Freiheit und unsere Art zu Leben. Eine Lösung ist auch in der momentan verfahrenen Situation jederzeit möglich. Dafür müssen sich die Verantwortlichen nur auf das Wesen und den Wert der Europäischen Union besinnen, lautete mein Abschlussfazit. Bei der Debatte über den Menschenrechtsbericht der Europäischen Union mahnte ich bei aller Transparenz und allen politischen Bemühungen die faktischen Grenzen unserer Menschenrechtsarbeit an. Als Beispiel zog ich dazu die Lage in Syrien heran, wo schwerwiegende Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowohl von den Islamisten des sog. Islamischen Staates, aber auch vom Assad-Regime mit tatkräftiger Beihilfe Russlands begangen werden. Folglich sind die Flüchtlings- und Entwicklungspolitik, die wir in den Anrainerstaaten betreiben, aber auch der Einsatz von militärischen Mitteln zur Zurückdrängung des IS und zur Sicherung von Pufferzonen nichts anderes als Menschenrechtspolitik, da wir es den Syrern und Iraker ermöglichen, sich aus den Fängen von grausamen Mördern zu entziehen, und ihnen ein gewisses Mindestmaß an Menschlichkeit entgegenbringen. In diesem Sinne wünsch ich mir, dass die europäischen Partner ihre Zurückhaltung bei der Finanzierung der humanitären Hilfe und der Schaffung von menschenwürdigen Lebensbedingungen in den vielen Flüchtlingscamps ablegen. Schließlich

geht es um Menschen und ihre grundlegenden Rechte, für die niemand so sehr einsteht wie die Europäische Union.

Die vollständigen Videos der Reden können Sie unter [www.thorsten-frei.info/Reden.html](http://www.thorsten-frei.info/Reden.html) abrufen.

### Wissenschaftsnachwuchs im Dialog mit Politik



Mein Wahlkreis ist mit seinen Hochschulstandorten fest in die Wissenschaftslandschaft der Bundesrepublik eingebettet. Die namhaften Unternehmen der Region sind auf eine exzellente Forschung als Geschäftsgrundlage angewiesen. Sie profitieren sehr stark von den kurzen Wegen zur und der engen Vernetzung mit den Hochschulen, die sich beispielsweise am Erfolgsmodell der dualen Ausbildung ausmachen. Umso mehr freue ich mich, wenn sich auch mir die Möglichkeit eröffnet, mit Nachwuchswissenschaftlern ins Gespräch zu kommen. In diesem Zusammenhang war für mich der Besuch von Marcel Butschle und Lukas Schulze – zwei ehemalige Schüler des Fürstenberg-Gymnasiums in Donaueschingen – in meinem Berliner Bundestagsbüro hoch interessant. Die beiden jungen Männer berichteten mir am Rande von Terminen im Bundeswirtschaftsministeriums aus erster Hand über ihre noch während der aktiven Schulzeit entwickelte Idee für eine Leistungssteigerung bzw. mehr Energieeffizienz von Solarmodulen durch die Implementierung eines Kühlkreislaufes, über die damit verbundenen Herausforderungen zur Realisierung des Projekts und natürlich auch von den Ereignissen beim Bundeswettbewerb

„Jugend forscht“, bei dem sie schließlich mit einem Sonderpreis des Bundesumweltministeriums ausgezeichnet worden sind.



Nicht minder Interessant war für mich die Diskussion mit einer Gruppe von Studenten des Studiengangs Netzwerk- und Sozialraumarbeit an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg aus Villingen-Schwenningen unter der Begleitung von Prof. Dr. Süleyman Gögercin in der vergangenen Woche, auch wenn es dabei weniger um ihr eigentliches Fachgebiet als um aktuelle tagespolitische Fragen ging.

## Aktuelles aus dem Wahlkampf

### Unterwegs für den Wechsel



Meine heiße Phase des Landtagswahlkampfes war in den vergangenen Wochen durch unzählige Termine in ganz Baden-Württemberg geprägt. Egal ob bei den zwei Wahlkampfterminen im Wahlkreis Heilbronn-Süd/Eppingen von Friedlinde Gurr-Hirsch MdL, dem traditionellen

Heringsessen in Bad Rappenau mit etwa 50 Teilnehmern und dem sehr gut besuchten Matjesessen in Gemmingen, am "Politischen Ascherdunstig" der CDU Sulz im Wahlkreis Rottweil von Stefan Teufel MdL beim Schwarzwurstvesper mit 60 Interessierten, im Wahlkreis unseres zukünftigen Ministerpräsidenten Guido Wolf zum traditionellen Kässalatvesper der CDU Mühlheim im vollbesetzten Gasthaus Lamm in Mühlheim-Stetten oder beim Schwarzbierabend der CDU Reichenau mit seinem Landtagskandidaten im Wahlkreis Konstanz/Radolfzell/Höri, Dr. Fabio Crivellari überall landauf, landab konnte ich mich unmittelbar vor Ort von der ungebrochenen Motivation und einer riesigen Einsatzbereitschaft der mehr als 70.000 CDU-Mitglieder überzeugen, die unsere Partei am 13. März mit aller Kraft wieder in Regierungsverantwortung tragen wollen. Bei diesen Terminen, wie zuletzt bei der CDU Geisingen im Pflegeheim Wartenberg, erläuterte ich zusammen mit unseren jeweiligen Landtagskandidaten kurz die wichtigsten Themen und Problemstellungen in den einzelnen Wahlkreisen. Anschließend skizzierte ich umfassend die zentralen Themen des CDU-Wahlprogrammes hinsichtlich der drei großen Investitionsschwerpunkte Bildung, Infrastruktur und Innere Sicherheit für möglichst gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Dabei war es mir besonders wichtig, auf die letzten Tage des Landtagswahlkampfes einzustimmen und den Parteimitgliedern und interessierten Gästen unsere zentralen Botschaften mit auf den Weg und an die Infostände zu geben, um detailliert und offensiv auf die großen Defizite von Grün-Rot eingehen zu können. Ich machte deutlich, dass wir als CDU die besseren Konzepte und Antworten auf die drängenden Fragen der Zeit haben, schließlich ist Gestaltung unser Anspruch. Wir werden uns nicht wie Grün-Rot darauf verlegen, das Land einfach nur fünf weitere Jahre zu verwalten. Beispielsweise werden wir es nicht länger hinnehmen, dass es noch immer weiße Flecken im Glasfasernetz des Landes gibt.

## Flüchtlinge dominierendes Thema – Kretschmann eine Mogelpackung



Wir mussten den ganzen Wahlkampf aber auch zur Kenntnis nehmen, dass die Menschen vor allem von den gegenwärtigen Flüchtlingsherausforderungen bewegt werden, obwohl die wesentlichen Entscheidungen dazu nicht in Stuttgart, sondern Berlin und Brüssel getroffen werden. In diesem Zusammenhang erläuterte ich umfassend, wie für mich die Umsetzung der Karlsruher Parteitagebeschlüsse zu mehr ordnen, steuern und der spürbaren Reduzierung der Flüchtlingszahlen aussehen muss. Dazu ist der europäische Ansatz unserer Kanzlerin richtig, um die Krisen vor Ort zu lösen und in Europa dauerhaft tragfähige Zustände zu schaffen. Es führt kein Weg an einer umfassenden Bekämpfung der Fluchtursachen vorbei, um den Menschen in ihrer Heimat eine sichere Zukunft und echte Perspektiven zu ermöglichen. Gleichzeitig darf mit Blick auf die Integration von Hilfsbedürftigen die faktische Grenze der Aufnahmebereitschaft unserer Gesellschaft nicht überschritten werden. Parallelgesellschaften müssen in Deutschland unbedingt verhindert werden. Alles andere setzt unseren gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt aufs Spiel und stärkt radikale Kräfte. Mit unseren Asylpaketen I und II sind wir auf einem guten Weg, müssen aber vor allem unseren Koalitionspartner SPD und die Grünen entlang dieser Ergebnisse stellen. Wir brauchen mehr sichere Herkunftsstaaten in Afrika und dem Nahen Osten, die konsequente Abschiebung größerer Zahlen abgelehnter Asylbewerber in ihre Heimatländer und eine Begrenzung in Sachen Familiennachzug. All das sind Errungenschaften auf Druck und Initiative der Unionsfamilie im Deutschen Bundestag, die Kretschmann gerne als die Eigenen verkauft und damit absolut konträr zur eigenen Parteilinie- und Meinung argumentiert. Den Menschen muss klar sein, dass es eine Glaubwürdigkeitskluff zwischen dem Sagen und

Handeln von Kretschmann und seiner Partei gibt. Diese Kluff ist so unüberwindbar groß, dass wir mit ihr auch niemals die Probleme beim Umgang mit den großen Flüchtlingszahlen in den Griff kriegen werden. Das gilt es in aller Deutlichkeit nach außen zu tragen.

## Bessere Perspektiven für Baden-Württemberg



Welche Defizite die grün-rote Landesregierung in der Tagespolitik zu verantworten hat, wird in den klassischen landespolitischen Themen mehr als deutlich. Das Ziel der CDU nach der Wahl ist es, wieder eine proaktive Infrastruktur- und Straßenbaupolitik zu betreiben, auf Qualität statt auf Einheitsbrei in der Bildungspolitik zu setzen, die Familien besser zu unterstützen und unseren Polizisten stärker als Grün-Rot bisher den Rücken zu stärken und freizuhalten. Sicherheit ist ein Lebensgefühl und Lebensqualität für die Menschen, weswegen die kommende CDUgeführte Landesregierung bis 2021 rund 1.500 zusätzliche Polizeistellen schaffen wird. Wir müssen in Zeiten von Rekordsteuereinnahmen und quasi Vollbeschäftigung das Potential Baden-Württembergs mit seinen innovativen, zielstrebigen und hochqualifizierten Unternehmen, mittelständischen Handwerksbetrieben und unerschöpflichem Erfinder- und Gründergeist deutlich anheben und in vielen Bereichen unsere ehemalige Spitzenposition in Deutschland zurückerobern. Schuldenmeister allein zu sein, ist jedenfalls kein Ruhmesblatt, mit dem wir uns zufrieden geben.

## Kraftvoll für Guido Wolf und die CDU



Am 13. März geht es auch um Freiheit und gegen grün-rote Bevormundung. Werben Sie in Ihrem Umfeld für den Wechsel im Land, bündeln sie alle Kräfte, mobilisieren und motivieren sie jeden Einzelnen und bleiben Sie dran bis das letzte Wahllokal geschlossen hat, damit Guido Wolf und unsere 70 hervorragenden Kandidaten in den Wahlkreisen und die CDU Baden-Württemberg ab dem 13. März wieder Regierungsverantwortung übernehmen und noch mehr vom unendlichen Potenzial Baden-Württembergs aktivieren.

### **Erhalt des Dienstleistungsangebots der Forstämter ist gut für die 230.000 baden-württembergischen Waldbesitzer**

Ich freue mich, dass die Bundesregierung auch auf Druck der baden-württembergischen CDU-Bundestagsabgeordneten die Voraussetzungen dafür schaffen will, dass Kleinwaldbesitzer auch in Zukunft von Forstämtern unterstützt werden dürfen. Damit wird endlich der Zustand der schwebenden Rechtsunsicherheit beendet, der nach der Eröffnung eines Verfahrens durch das Bundeskartellamt gegen das Land bestanden hat. Schließlich sind gerade die Waldbesitzer in Baden-Württemberg auf das Dienstleistungsangebot der Forstämter angewiesen. [Hier](#) erfahren Sie mehr über dieses Thema.

### **Fluglärm-Gutachten: CDU-Abgeordnete gegen neue Schweizer Flugverfahren**

Das Fluglärm-Gutachten wurde im Landratsamt Waldshut vorgestellt. Wir wenden uns entschieden gegen jede zusätzliche Belastung von Südbaden! Das betonen die CDU-Bundestagsabgeordneten Thomas Dörflinger, Andreas Jung, Gabriele Schmidt und Thorsten Frei sowie ihre Landtagskollegen Wolfgang Reuther und Felix

Schreiner in einer gemeinsamen Pressemitteilung anlässlich des heute vorgestellten Gutachtens über die von der Flughafen Zürich AG im Rahmen des Betriebsreglements 2014 (BR2014) beantragten Flugverfahrensänderungen. Das Gutachten hatte die Gesellschaft für Luftverkehrsforschung mbh (GfL) im Auftrag der Landkreise Waldshut, Schwarzwald-Baar-Kreis und Konstanz erstellt. Der Gutachter zeigt eine Alternative zu den beantragten An- und Abflugverfahren auf, mit der die Bevölkerung in der süddeutschen Grenzregion spürbar entlastet werden könnte. Glasklare Ansage: Wir Abgeordnete der CDU sind gegen neue Schweizer Flugverfahren! [Hier](#) gibt's mehr Informationen zum Thema.

### **Nächste Bürgersprechstunde am 9. März in Villingen-Schwenningen**

Meine nächste Bürgersprechstunde halte ich am Mittwoch, 9. März in der Zeit von 15.00 bis 17.00 Uhr in meinem Wahlkreisbüro, Justinus-Kerner-Straße 5 in Villingen-Schwenningen ab. Es wird um vorherige Anmeldung unter 07721 / 99 535 44 gebeten. Wo ich kann, helfe ich Ihnen sehr gerne!

### **Am 13. März gilt's: Gehen Sie wählen!**

Baden-Württemberg kann mehr. Das werden wir unter Führung von Ministerpräsident Guido Wolf sehr schnell unter Beweis stellen können. Mehr zu gestalten und weniger nur zu verwalten wie die Grünen in den vergangenen fünf Jahren ist unser Credo.

**Deshalb: Am 13. März CDU wählen.**

**Vielen Dank!**



## **Thorsten Frei MdB**

Abgeordneter des Wahlkreises Schwarzwald-Baar und Oberes Kinzigtal

#### *Bundestagsbüro*

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: (030) 227 73 972  
Fax: (030) 227 76 972

#### *Wahlkreisbüro*

Justinus-Kerner-Str. 5  
78048 Villingen-Schwenningen  
Tel.: (07721) 99 535 44  
Fax: (07721) 99 535 45

E-Mail: [thorsten.frei@bundestag.de](mailto:thorsten.frei@bundestag.de)  
Internet: [www.thorsten-frei.de](http://www.thorsten-frei.de)  
facebook: [www.facebook.de/ThorstenFreiCDU](http://www.facebook.de/ThorstenFreiCDU)

